

FPO

Kein EURO

ohne

**Volksab-
stimmung!**

**Schilling oder EURO:
Diese Entscheidung
sollen Sie treffen.**

„Schilling-Volksbegehren“

Eintragungswoche: 24.11.97-1.12.97

• **Pensionskürzung
verhindern**

• **Arbeitschafften**

• **EURO verschieben**

SCHNELLINFO

Frage
In der 7. Sitzung
Erstschritt des Wahl-
verfahrens (11.11.97)

1010 Wien, Zentralfriedhof 26

Österreichischer Wahlprüfungsamt, Postsparkasse, Land der Früchte, Rindgasse 7/4, 1010 Wien

**“Warum wird jeder,
der kritische Anmerkungen
zum EURO macht,
gleich zum Europagegner
erklärt?”**

Gerhard Schröder (SPD),
Ministerpräsident von Niedersachsen

Freiheitliche EURO-Information:
Telefonnummer: (01) 40110, Dwl. 5897
Faxnummer: (01) 40110, Dwl. 5880
e-mail: euro@combo.fpc.parlinkom.gv.at

Inhaltsverzeichnis.....	3
Was Sie mit Ihrer Unterschrift bewirken können	5
Ihre Unterschrift verpflichtet die Bundesregierung!.....	6
Über die Zukunft des Schillings muß die Bevölkerung entscheiden!.....	8
Der Standpunkt der FPÖ.....	10
Die Forderungen der FPÖ für ein Ja zum EURO.....	11
Die Gewinner des Euro zum 1.1.1999.....	12
Die Verlierer des Euro zum 1.1.1999.....	13
Die Gegenüberstellung der Argumente.....	14
1994: Versprochen.....	16
1997: Gebrochen.....	17
Volksabstimmung über den EURO.....	20
Wie hart wird der EURO?.....	22
Der EURO als eine Weltwährung?.....	26
Der EURO und die Arbeitsplätze.....	30
Der EURO und der Export.....	34
Der EURO und die Sparguthaben, Löhne und Pensionen.....	38
Die Information über den EURO durch die Bundesregierung.....	42
Was kostet die Einführung des EURO?.....	48
Wer bezahlt die Umstellungskosten?.....	50
Die Maastricht-Kriterien.....	54

Der EURO-Zeitplan.....	56
Die Auslegung der Kriterien.....	57
Kreative Buchführung und Budgettricks.....	58
Zeitplan oder Stabilität.....	60
Nichtteilnahme am EURO - Ende der D-Mark-Bindung?.....	68
Die Warner vor der übereilten Einführung des EURO.....	70
Die Mafia setzt voll auf den EURO.....	73
Die Stimmen der Bürger.....	74

*Alle Quellen liegen im Original vor und können im
freiheitlichen EU-Büro unter:*

Telefonnummer (01) 40110, Dw. 5897

Faxnummer (01) 40110, Dw. 5880

*e-mail euro@combo.fpc.parlinkom.gv.at
angefordert werden.*

Die Bundesregierung hat der österreichischen Bevölkerung 1994 vor der EU-Volksabstimmung versprochen, daß

"JA zur EU" "JA zum harten Schilling"

bedeutet. Finanzstaatssekretär Johannes Ditz (ÖVP) hat am 7. Mai 1994 wörtlich vor dem österreichischen Bundesrat festgestellt:

"Alle Aussagen, es komme automatisch zur Installation der Währungsunion, sind falsch und unrichtig und führen zu einer Verunsicherung, die nicht gerechtfertigt ist."

Einen Monat vorher hat die damalige Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank, Maria Schaumayer, versichert, daß

"der Schilling bei einem EU-Beitritt erhalten bleibt. Ein EU-Beitritt bedeutet in keinem Fall die Ablöse des Schillings, sondern im Gegenteil zunächst eine Absicherung des Schillings gegen Währungsspekulationen."

(Austria Presse Agentur, 7. April 1994)

Heute sagt die Bundesregierung:

"EURO ohne Wenn und Aber"

Zwei Stimmen über die "EURO-Information 1994":

Hans Sallmutter (SPÖ), Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten:

"Damals wurde sehr kunstgerecht verschwiegen, daß mit dem Ja zur EU auch das Ende des Schillings besiegelt war. Also für mich, das muß ich ehrlich sagen, war das damals nicht erkennbar."

("profil", 25. August 1997)

Ihre Unterschrift verpflichtet die Bundesregierung!

Fritz Breuss,
Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo):

"...Propaganda und "echte Lügen" vor dem EU-Referendum. Die Koalition hat... das Ende des Schillings und der Anonymität bewußt verschwiegen."

("Kurier", 13. Juni 1997)

Klima, Schüssel und Co. können den Schilling nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg abschaffen.

Mit dem Schilling-Volksbegehren können Sie die Regierung beim Wort nehmen und die Versprechen vor der EU-Volksabstimmung einfordern.

Ihre Unterschrift verpflichtet die Bundesregierung!

Ihre Unterschrift führt zur

- umfassenden parlamentarischen Behandlung der Abschaffung des Schillings
- verbindlichen Stellungnahme, ob die Bundesregierung bereit ist, wie in anderen europäischen Staaten, die Bevölkerung über die Abschaffung des Schillings selbst entscheiden zu lassen
- verbindlichen Stellungnahme, ob die Bundesregierung ihr Versprechen einlösen wird, daß der Schilling nur dann durch den EURO ersetzt wird, wenn dieser genauso hart und stabil ist, wie der Schilling
- verbindlichen Stellungnahme, ob die Bundesregierung ihr Versprechen einlösen wird, daß es weder im Zuge der Einführung des EURO noch später zu Einkommensverlusten, Abwertungen der Sparguthaben und Realverlusten bei Pensionen kommt
- verbindlichen Stellungnahme, ob die Bundesregierung sicherstellen wird, daß die Arbeitslosenzahlen, die durch die Belastungspakete zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien explodiert sind, deutlich zurückgehen
- verbindlichen Stellungnahme der Bundesregierung, ob sie der Einführung des EURO in den EU-Gremien nur zustimmen wird, wenn die Maastricht-Kriterien exakt eingehalten werden
- verbindlichen Stellungnahme, ob die Bundesregierung sicherstellen wird, daß auf europäischer Ebene ein wirksamer Arbeitsplatz-Vertrag geschlossen wird, der Voraussetzung für die Teilnahme am EURO ist.

Über die Zukunft des Schillings muß die Bevölkerung entscheiden!

Über diese Garantien muß dann die Bevölkerung in einer Volksabstimmung entscheiden. Nur dadurch ist gesichert, daß Österreich den Schilling erst dann für den EURO abschafft, wenn der EURO genauso hart und stabil wie unser Schilling ist.

Für die Österreichische Bevölkerung muß dasselbe gelten, wie für die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens:

Tony Blair, Englischer Premierminister:

„Sollten wir uns für den Beitritt zur Währungsunion entscheiden, werden wir nichts unternehmen, bis uns das britische Volk in einer Volksabstimmung zu diesem Schritt bevollmächtigt!“

(„Focus“, 5. Mai 1997)

***Auch für Österreich muß gelten:
Kein EURO ohne Volksabstimmung.***

Rechtlich ist diese Volksabstimmung problemlos möglich. Denn auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union ist die Österreichische Bundesverfassung in Kraft geblieben. Dort steht im ersten Artikel:

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Mit Ihrer Unterschrift unter das Schilling-Volksbegehren nehmen Sie Ihr in der österreichischen Bundesverfassung garantiertes Recht wahr, selbst zu entscheiden, ob und wann Sie den Schilling unter welchen Bedingungen gegen den EURO eintauschen wollen.

Jeder einzelne von uns trägt das volle Risiko, das mit der verfrühten Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung durch eine mögliche Abwertung verbunden ist.

Deshalb ist es nur recht und billig, daß diejenigen, die das Risiko tragen müssen, darüber auch selbst entscheiden können.

Jede Unterschrift unter das Schilling-Volksbegehren ist eine Stimme für eine harte und stabile Währung.

Die Gegenüberstellung der Argumente pro und contra EURO bringt ein deutliches Ergebnis:

Wenn die gemeinsame europäische Währung wie geplant eingeführt wird, läßt sich Österreich auf ein Währungsexperiment ein, das für Österreich und seine Bevölkerung in erster Linie Nachteile bringen wird.

- Die neue Währung wird nicht so hart und so stabil wie der Schilling werden,
- Sparguthaben, Löhne und Pensionen werden real weniger wert,
- Die Konsumenten werden neben weiteren Belastungspaketen auch durch die Einführung des EURO selbst zusätzlich zur Kasse gebeten,
- Die neue Währung wird keine Arbeitsplätze schaffen,
- Arbeitsplatzverluste, die direkt durch den EURO verursacht werden,
- Insolvenzwellen bei den Klein- und Mittelbetrieben durch den EURO,
- Statt des "Kitts für die EU" droht der EURO zum "Dynamit" für die Europäische Union zu werden.

Über alle diese Folgen wird die Bevölkerung in Österreich von der Bundesregierung nicht informiert.

Statt einer objektiven und umfassenden Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile sowie der Möglichkeiten, die Österreich hat, um Nachteile zu vermeiden, beschränkt sich die Bundesregierung auf eine einseitige Pro-EURO-Propaganda.

Und obwohl die Bevölkerung 1994 nicht über die Abschaffung des Schillings informiert wurde, verweigert die Bundesregierung bis jetzt eine Volksabstimmung über den EURO, die rechtlich möglich ist.

Demokratiepolitisch:

Die EURO-Volksabstimmung:

Die Einführung des EURO darf nur erfolgen, wenn sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung für eine gemeinsame Währung ausgesprochen hat.

Wirtschaftspolitisch:

Die Stabilität als wichtigstes Kriterium:

Es muß durch die exakte Einhaltung des Stabilitätspaktes gewährleistet sein, daß der EURO genauso stabil und hart wie der Schilling ist.

Das EURO-Memorandum:

Bis die nötige Stabilität erreicht ist, muß die Einführung des EURO um 5 Jahre ausgesetzt werden. In diesem Zeitraum soll durch Währungsbindungen nach dem "Schilling-D-Mark-Vorbild" ein stabiler europäischer Währungsverbund errichtet werden.

Der Arbeitsplatzpakt:

Es müssen verpflichtende Kriterien für die Arbeitslosenquote in den EU-Ländern beschlossen und auf die Stufe des Stabilitätspaktes gehoben werden. Nur dadurch können die negativen Beschäftigungseffekte durch den EURO abgefedert werden. Hauptkriterium muß die Arbeitslosenrate unter besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeitslosigkeit sowie der Arbeitslosigkeit der über 50jährigen sein.

Die österreichischen Beitragszahlungen an die EU müssen sinken:

Die Einführung eines innereuropäischen Finanzausgleichs darf zu keinem Anstieg der österreichischen Beitragszahlungen führen. Die Bundesregierung muß durch die Neuverhandlung der österreichischen Nettzahlungen erreichen, daß Österreich vor der Teilnahme am EURO weniger an die EU bezahlen muß.

Die Gewinner des Euro zum 1.1.1999

Die Währungsspekulanten

Durch die Spekulation gegen einen weichen EURO werden die Währungsspekulanten Milliarden Dollar verdienen.

Die Weichwährungsländer

Österreich "exportiert" seine harte Währung, seine niedrigen Zinsen und seine niedrige Inflation in die Weichwährungsländer Spanien, Italien oder Portugal. Diese Länder werden durch die ohnehin niedrigen Lohnkosten für Investitionen attraktiv, während Österreich im Gegenzug eine weiche Währung, höhere Zinsen und eine höhere Inflation "importiert".

Die internationalen Konzerne

Vor allem die exportorientierten multinationalen Konzerne werden weiter profitieren. Mit der Einführung des EURO zum 1. Jänner 1999 werden immer weniger Arbeitnehmer in Europa für immer höhere Gewinne der Multis sorgen.

Die Mafia

Kommt der EURO, wird die Fahndung nach "schmutzigem Geld" trotz Lauschangriff, Rasterfahndung und Schengen praktisch unmöglich.

Die Verlierer des Euro zum 1.1.1999

Die Konsumenten

Keine Preissenkungen, Aufrundung bei der Umstellung, Inflations- und damit Teuerungsgefahr.

Die Sparer

Sofortige Abwertung der Sparguthaben durch den schwachen EURO, weitere schleichende Entwertung durch steigende Inflation.

Die Steuerzahler

Für die Konvergenzkriterien wurden Belastungspakete um über 200 Milliarden Schilling geschnürt. Weil die Maastricht-Kriterien nur mit allen möglichen Tricks erreicht werden, ist der Sparkurs nicht zu Ende. Im Gegenteil: Die Einmal-Effekte für das Budget sind ausgereizt, in den nächsten Jahren muß noch härter gespart werden.

Der Arbeitsmarkt

Keine Verbesserung durch den EURO. Arbeitsplätze werden weiter ausgelagert, Tausende werden im Geld- und Kreditsektor oder in der Versicherungswirtschaft ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der Wirtschaftsstandort Österreich

Durch steigende Zinsen, den weichen EURO, den Wegfall der erfolgreichen Hartwährungspolitik sowie die Gefahr von Streiks verliert Österreich an Attraktivität für ausländische Investoren. Besonders benachteiligt wird vor allem die klein- und mittelständische Industrie.

Der Kapitalabfluß durch den weichen EURO wird diese Entwicklung beschleunigen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen.



Kein EURO ohne Volksabstimmung

Eintragungswoche:
24. Nov. - 1. Dez.

Dr. Susanne Riess-Passer

e-mail: susanne.riess-passer@combo.fpc.parlinkom.gv.at

**Der Demokratie
verpflichtet**

Die Gegenüberstellung der Argumente und Versprechen

Versprochen

Vor der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurde den Österreichern versprochen, daß die Entscheidung über die Abschaffung des Schillings in Österreich getroffen wird.

Gebrochen

Drei Jahre später behauptet dieselbe Bundesregierung, daß die Abschaffung des Schillings bereits im Zuge der EU-Volksabstimmung erfolgt ist.

Die Gegenüberstellung der Argumente

Versprechen

Seit dem EU-Beitritt mit 1. Jänner 1995 verspricht die Bundesregierung der Bevölkerung, daß durch den EURO alles besser und nichts schlechter wird.

Wieder gebrochen?

Diesen Versprechen der Bundesregierung werden im folgenden die Aussagen international renommierter Fachleute und Spitzenpolitiker gegenübergestellt. Diese Aussagen werden Ihnen von der Bundesregierung vorenthalten.

Entscheiden Sie selbst, wer für Sie glaubwürdiger ist.

Für uns Freiheitliche zählen in der hochsensiblen Frage der Währung und der Sicherung des Wohlstandes in Österreich internationale Fachleute und nicht österreichische Politiker, die seit 1994 ihre Versprechen der Bevölkerung gegenüber gebrochen haben.

1994: Versprochen

Verkehrsminister Viktor Klima (SPÖ):

„Ich bin stolz auf den harten Schilling“, sagte Klima und stellte auch gleich klar, daß Österreich frühestens dann bereit ist auf den Schilling zu verzichten, wenn der ECU gleich hart wie der Schilling ist.

(Europafest der SPÖ,
Sozialistische Korrespondenz, 4. Juni 1994)

Nationalbankpräsidentin Maria Schaumayer:

„Auch nach einem EU-Beitritt Österreichs mit 1. Jänner 1995 bleibt der Schilling erhalten, eine Entscheidung über seine Abschaffung würde auf jeden Fall in Österreich gefällt.“

(Austria Presse Agentur, 7. April 1994)

Finanzstaatssekretär Johannes Ditz (ÖVP):

„Ich kann Ihnen garantieren - Österreich hat ja ein Mitstimmrecht, wenn wir in die EU gehen, das heißt wir könnten mit einem Veto diesen Beschluß auch blockieren - daß Österreich und die österreichische Bundesregierung einem solchen Beschluß nur zustimmen werden, wenn die Stabilität des Schillings gesichert ist.

Alle Aussagen, es komme automatisch zur Installation der Währungsunion, sind falsch und unrichtig und führen zu einer Verunsicherung, die nicht gerechtfertigt ist.“

(Vor dem österreichischen Bundesrat, 7. Mai 1994)

Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ):

„Die Währungsunion wird erstens nicht so schnell kommen, und zweitens wird es sie erst dann geben, wenn ausreichend starke Währungen vorhanden sind. Sonst hätte das ja keinen Sinn.“

(Telefonstunde des KURIER, 5. März 1994)

1997: Gebrochen

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

„Über den EURO ist bereits 1994 im Zuge der EU-Volksabstimmung über den Maastricht-Vertrag und über die Teilnahme einer gemeinsamen europäischen Währung abgestimmt worden.“

(Europa-Telefon der Bundesregierung, 22. August 1997)

Nationalbankpräsidentin a. D. Maria Schaumayer:

„Die Europäische Währungsunion (EWU) hat absoluten Vorrang, und über diese hätten die Österreicher ohnehin beim Eintritt zur EU abgestimmt.“

(„Kärntner Wirtschaft“, 12. September 1997)

Nationalbankpräsident Klaus Liebscher:

„Mit dem Beitritt zur Europäischen Union per Anfang 1995 hat sich Österreich zur Teilnahme an der WWU verpflichtet. Wenn die EU-Regierungskonferenz Österreich als Teilnehmerland für die Währungsunion identifiziert, dann besteht die Verpflichtung, mitzutun.“

(Austria Presse Agentur, 21. April 1997)

Vizekanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP):

„1994 ist über den Gesamtvertrag mit der EU abgestimmt worden, der auch das Ziel und den Zeitplan für eine gemeinsame Währung einschließt.“

(„Kleine Zeitung“, 20. August 1997)

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Es besteht kein Zweifel, daß der EURO kommt.“

(Sozialistische Korrespondenz, 29. August 1997)

1994: Versprochen

Die Bundesregierung zu Schilling und EURO vor der EU-Volksabstimmung:

- **Der EURO kommt nicht so schnell**
- **Der EURO kommt nicht automatisch**
- **Der EURO kommt für Österreich erst dann in Frage, wenn der EURO genauso hart ist wie der Schilling**
- **Über die Abschaffung des Schillings wird in Österreich entschieden.**

1997: Gebrochen

Die Bundesregierung zu Schilling und EURO 1997, nur drei Jahre später:

- **Der Schilling wurde bereits 1994 abgeschafft**
- **Der EURO kommt automatisch**
- **Österreich muß am EURO teilnehmen**
- **Eine Volksabstimmung über den EURO - wie in England, Schweden oder Dänemark - ist "Pflanzerei" (Klima), "Volksverdummung" (Farnleitner), oder ein "Wahnsinnsstreich" (Schüssel).**

Volksabstimmung über den EURO Die Haltung der Bundesregierung

Österreich

Die Bundesregierung versucht eine rechtlich mögliche Volksabstimmung mit allen Mitteln zu verhindern:

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

"Ich halte eine Volksabstimmung für eine Pflanzerei und Gefährdung der Reputation Österreichs."

(Europa-Telefon der Bundesregierung, 22. August 1997)

Vizekanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP):

"Das EURO-Volksbegehren der FPÖ, das auf eine Volksabstimmung über den EURO abzielt, ist ein Wahnsinnsstreich, gegen das die ÖVP mit jeder Faser kämpfen wird!"

(Fernsehsendung "Zur Sache Spezial", 24. August 1997)

Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner (ÖVP):

"Das von der FPÖ vorgeschlagene EURO-Volksbegehren ist der Versuch einer gigantischen Volksverdummung."

(Europa-Telefon der Bundesregierung, 2. September 1997)

Warum soll nur die Bevölkerung in England, Schweden und Dänemark in einer Volksabstimmung

Volksabstimmung über den EURO England, Schweden und Dänemark

Großbritannien

Die sozialistische Regierung in England hat ausgeschlossen, am 1. Jänner 1999 am EURO teilzunehmen.

Tony Blair, Premierminister:

"Sollten wir uns für den Beitritt zur Währungsunion entscheiden, werden wir nichts unternehmen, bis uns das britische Volk in einem Referendum zu diesem Schritt bevollmächtigt."

(Kommentar in: "Focus", 5. Mai 1997)

Schweden

Die Parteiführung der regierenden Sozialdemokraten entschied sich gegen eine Teilnahme zu Beginn der Währungsunion. Ministerpräsident Persson begründete die Entscheidung damit, daß die Währungsunion derzeit ein "unsicheres und wackliges" Unternehmen sei:

"Es muß gewährleistet sein, daß vor einem Beitritt das schwedische Volk an der Entscheidung beteiligt wird. Das kann in Form einer regulären Reichstagswahl, aber auch in Form von Neuwahlen oder einer Volksabstimmung geschehen."

("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5. Juni 1997)

Dänemark

Die Bevölkerung hat sich bereits in zwei Volksabstimmungen gegen die Teilnahme an der WWU ausgesprochen, obwohl Dänemark die Kriterien erfüllen wird.

Eine Mitgliedschaft in der Währungsunion ist erst nach einer neuerlichen Volksabstimmung möglich.

über die Teilnahme am EURO entscheiden können, und nicht auch die Bevölkerung in Österreich?

Harter Schilling gegen harten EURO Die Versprechen in Österreich

Bei der Einführung einer neuen Währung darf es zu keinem Wertverlust kommen. Die neue Währung muß daher genau so hart und stabil wie die D-Mark und unser Schilling sein. Das ist gewährleistet, sagt die Bundesregierung.

EU-Broschüre des Bundeskanzleramts:

"Die EURO-Währung wird so hart sein wie der Schilling."

Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ):

"Den Menschen soll klar gemacht werden, daß eine gemeinsame Währung gleich hart sein wird wie der Schilling."

(Sozialistische Korrespondenz, 22. November 1995)

Finanzminister Viktor Klima (SPÖ):

"Der EURO soll natürlich so stark wie der Schilling sein."

("Die Presse", 15. Jänner 1997)

Vizekanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP):

"EURO so hart wie der Schilling."

*(Gastkommentar in: "Salzburger Nachrichten",
28. Mai 1997)*

*Maria Schaumayer, Präsidentin der
Oesterreichischen Nationalbank a. D.*

"Der EURO kommt als stabile Währung."

("Neue Kronen-Zeitung", 7. August 1997)

Wie hart wird der EURO wirklich? Die internationale Einschätzung

Die geplante Einführung des EURO unter den derzeitigen Rahmenbedingungen führt zu einem Wertverlust. Die neue Währung wird nicht so hart und stabil wie die D-Mark und unser Schilling sein. Befürchten Experten.

Merrill Lynch, Investmentbank:

"Der geplante EURO wird keine D-Mark unter neuem Namen. Je mehr Länder mit einer instabilen monetären Vergangenheit an der Gründung der Währungsunion teilnehmen, desto mehr dürfte sich das Risiko verstärken, daß der EURO schwächer wird als die D-Mark."

(Studie "Towards a Soft Euro", 19. März 1997)

*Wolfgang Schulhoff, Bundestagsabgeordneter,
CDU-Finanzexperte:*

"Die Märkte haben augenscheinlich bereits heute den EURO als Schwachwährung abgeschrieben."

("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 30. März 1997)

*Edmund Stoiber (CSU),
Ministerpräsident von Bayern:*

"Besorgnis wegen eines drohenden weichen EURO."

("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25. Juni 1997)

Lord Ralf Dahrendorf, Ex-EU-Kommissar:

"In einem zivilisierten Land darf man die Aussage, der EURO wird genauso stark werden wie die Mark, einfach nicht durchgehen lassen. Es gibt keine neue Währung, die so stabil sein kann."

("Die Woche")

Kunststoff - Holz - Aluminium

Bevor der „EURO“ Ihren SPAR-SCHILLING frißt, leisten
Sie sich Internorm-Wohnqualität !!!

INTERNORM

ZALKA Ges.m.b.H.

1090, Nußdorferstr. 47



Tel.: 319 62 92

Harter Schilling gegen harten EURO Die Versprechen in Österreich

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

"Der Wert des EURO wird stabil bleiben, Mißtrauen ist unbegründet."

Klima am Europa-Telefon der Bundesregierung auf die Frage:

"Wird der EURO weniger wert sein als der Schilling?",
22. August 1997

Klaus Liebscher, Nationalbank-Präsident:

"Ich habe keine Zweifel, daß der EURO stabil sein wird."

(„Wirtschaftsblatt“, 18. Juni 1997)

Finanzminister Viktor Klima (SPÖ):

"Wir werden einen stabilen Schilling nur gegen einen stabilen EURO tauschen."

*(Wirtschaftsbericht im Österreichischen Nationalrat,
27. Juni 1996)*

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

"Der harte Schilling muß von einem harten EURO abgelöst werden."

(Radio-„Mittagsjournal zu Gast“, 1. März 1997)

Der EURO wird

- **so hart wie der Schilling**
- **so stabil wie der Schilling**

Der Stabilitätspakt reicht dazu aus. Der Schilling wird nur gegen einen harten EURO eingetauscht.

Versichert die Bundesregierung!

Wie hart wird der EURO wirklich? Die internationale Einschätzung

Gerhard Schröder (SPD),

Ministerpräsident von Niedersachsen:

"Die Stabilität des EURO ist wichtiger als der Zeitpunkt. Hauptgrund meiner Zweifel ist die Einhaltung des Stabilitätsversprechens."

(„Kleine Zeitung“, 20. August 1997)

Hans Tietmeyer,

Präsident der Deutschen Bundesbank:

"Ich habe die Sorge, der EURO wird weich und labil. Ich warne vor einer instabilen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit einem schwachen EURO."

(„Der Spiegel“, 16. Juni 1997)

Nicht einmal mehr 50 Prozent der maßgeblichen Euro-Banken setzen auf den EURO zu vorgegebenen Terminen, und diejenigen, die es tun, sprechen immer offener davon, daß eine Einheitswährung nur noch als Schwachwährung denkbar sei.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5. Juni 1997)

Horst Siebert, Institut für Weltwirtschaft, Kiel:

"Wenn nahezu alle Staaten mitmachen, wird der EURO schwach, die Inflation wird steigen, und die Finanzmärkte werden unruhig."

(„Focus“, 8. Februar 1997)

Der EURO wird

- **weicher als der Schilling**
- **nicht so stabil wie der Schilling**

Der Stabilitätspakt und die Stabilitätsversprechen reichen nicht aus, um die Stabilität des Schillings zu sichern.

Warnen internationale Experten!

Wird der EURO eine Weltwährung? Das sagt die Bundesregierung

Durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung wird automatisch ein Gegengewicht zum Dollar auf den internationalen Märkten geschaffen. Sagt die Bundesregierung.

*Benita Ferrero-Waldner (ÖVP),
Staatssekretärin im Außenministerium:*

„Bei der von Österreich angestrebten Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung wird ein harter „EURO“ neben dem US-Dollar eine neue internationale Leitwährung darstellen.“

*(Vortrag vor der Amerikanischen Handelskammer
in Österreich, 18. Juni 1996)*

Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner (ÖVP):

„In ungefähr 10 Jahren werden nur mehr 40 Prozent des Welthandels in Dollar, aber bereits 40 Prozent in EURO und 20 Prozent in Yen abgewickelt.“

(Europa-Telefon der Bundesregierung, 2. September 1997)

*Maria Schaumayer, Präsidentin der
Oesterreichischen Nationalbank a. D*

„Der EURO wird neben dem Dollar und dem Yen eine Weltwährung werden.“

*(Informationsveranstaltung der Wirtschaftskammer Kärnten,
11. September 1997)*

Wird der EURO eine Weltwährung? Das sagen internationale Experten

Nur durch die Einführung einer harten und stabilen gemeinsamen europäischen Währung wird ein Gegengewicht zum Dollar geschaffen. Und die ist nicht in Sicht. Sagen internationale Fachleute.

*Joachim Fels, Chefökonom des
Investmenthauses Morgan Stanley:*

„Der EURO wird in der Einführungsphase schwächer sein als der Durchschnitt der bisherigen Hartwährungen DM, Schilling, Gulden und Französischer Franc. Gegenüber dem US-Dollar wird der EURO 20 bis 30 Prozent an Wert einbüßen.“

(„Salzburger Nachrichten“, 30. Oktober 1996)

*Otmar Issing, Direktoriumsmitglied der
Deutschen Bundesbank:*

„Ein schwacher EURO wäre nur ein Mitläufer im Währungsgefüge. Selbst im günstigsten Fall wird der EURO Zeit brauchen, bis er sich an den Märkten durchsetzen wird.“

*(11. Internationales Zins-Forum,
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 3. Dezember 1996)*

*Die Londoner Marktanalytiker der
US-Bank Salomon Brothers:*

„Das Szenario eines schwachen EURO hat ein Übergewicht. Wir favorisieren jene europäischen Märkte, deren Schicksal am wenigsten mit der EWU in Verbindung gebracht wird, also Dänemark, Schweden und Großbritannien.“

(„Neue Zürcher Zeitung“, 2. Juni 1997)

Wird der EURO eine Weltwährung ? Das sagt die Bundesregierung

*Andreas Wörgötter,
Institut für Höhere Studien (IHS):*

"Der EURO sollte zur stärksten Währung der Welt werden."

("Kärntner Wirtschaft", 18. Juli 1997)



Titelseite des Wirtschaftsmagazins "Trend", September 1997: "Wie erziele ich Renditen trotz EURO"

Die Bundesregierung und ihre österreichischen Experten gehen davon aus, daß die gemeinsame europäische Währung automatisch zur Weltwährung wird.

Wird der EURO eine Weltwährung ? Das sagen internationale Experten

Die Meinungen am internationalen Kapitalmarkt:

"Kommt ein weicher EURO, dann flüchtet das Kapital aus der EU." In den Marktberichten Zürcher Banken heißt es, daß "jetzt zum ersten Mal festzustellen ist, daß der Geldzufluß aus dem Ausland in die Schweiz offensichtlich zu versiegen droht". Das Fluchtgeld würde gleich weiter, bis nach Amerika laufen, in den Dollar.

("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5. Juni 1997)

Unabhängige internationale Experten erwarten das Gegenteil. Wird der EURO, wie sich abzeichnet, weicher als Schilling und D-Mark, rechnen sie mit einer weiteren Abwertung des EURO und einer Kapitalflucht aus Europa.

EURO und Arbeitsplätze Die EUPhoriker

Ein weiteres Argument der österreichischen EURO-Befürworter sind die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Und das, obwohl die Belastungspakete, die für das Erreichen der Maastricht-Kriterien erforderlich waren, zu Rekordarbeitslosigkeit geführt haben.

Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ):

"Die Europäische Währungsunion und der EURO sind enorm wichtig für die heimische Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Unsere Botschaft an die Bevölkerung muß ganz klar sein: Ein starker EURO ist ein Riesenvorteil für uns alle. Das sichert und schafft viele heimische Arbeitsplätze."

(Sozialistische Korrespondenz, 24. September 1996)

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

"...wir werden damit den Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Wettbewerb absichern und damit einen großen, den größten Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze schaffen."

(Regierungserklärung im Nationalrat, 29. Jänner 1997)

Vizekanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP):

So hat die Vorbereitung für den EURO, "der lebenswichtig ist für die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, absoluten Vorrang".

("Neue Kronen-Zeitung", 13. August 1997)

Vizekanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP):

"Eine weitere Grundvoraussetzung für sichere Arbeitsplätze ist die europäische Einheitswährung EURO."

(Austria Presse Agentur, 20. August 1997)

EURO und Arbeitsplätze Die Realisten

Die realistische Einschätzung der Auswirkungen des EURO auf den Arbeitsmarkt zeichnet ein anderes Bild.

**"National Institute of Economic and Social Research" in London,
Studie für das Europäische Parlament:**

"Der EURO wird die Arbeitslosigkeit in Europa von derzeit 18 Millionen auf nahezu 20 Millionen ansteigen lassen. Das soziale Gefüge droht völlig außer Kontrolle zu geraten."

(„DIE ZEIT“, 20. Oktober 1995)

**Gerhard Schröder (SPD),
Ministerpräsident von Niedersachsen:**

"Diejenigen, die meinen, kurz oder mittelfristig würde der EURO mehr Arbeitsplätze bringen, irren gründlich - es wird genau umgekehrt sein."

*(ZDF-Sendung „EURO konkret“,
Austria Presse Agentur, 12. Juni 1997)*

**Horst Siebert, Präsident des
Kieler Instituts für Weltwirtschaft:**

"Als Folge des EURO wird die Arbeitslosigkeit in Europa weiter zunehmen."

(„Focus“, 8. Februar 1997)

**Otmar Issing, Chefvolkswirt der
Deutschen Bundesbank:**

"Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit durch die WWU ist Illusion."

(Austria Presse Agentur, 15. April 1997)

EURO und Arbeitsplätze Die EUPhoriker

**Maria Schaumayer, Präsidentin der
Oesterreichischen Nationalbank a. D.:**

"Wenn die ‚Anpassungskrise‘ auf dem Arbeitsmarkt nach der Einführung des EURO überwunden ist, werden durch die Standortsicherung weitere Arbeitsplätze geschaffen werden."

*(Informationsveranstaltung der Wirtschaftskammer Kärnten,
11. September 1997)*

Starker Schilling – starke Wirtschaft

Nur ein wirtschaftlich starkes Österreich wird sich in Europa, unserem wichtigsten Handelspartner, bewähren. Deshalb darf die Staatsverschuldung nicht explodieren – etwa durch „hausgemachte“ Budgetprobleme. Um Österreich in Europa zu stärken, die Arbeitsplätze zu sichern und den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv zu erhalten, ist ein harter Schilling wichtig.

Wahlbroschüre der ÖVP, 1995

Nur durch den EURO werden die Arbeitsplätze in Österreich gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen, versprechen die Bundesregierung und deren Experten. Der EURO ist ein Arbeitsprogramm.

EURO und Arbeitsplätze Die Realisten

Wissenschaftsminister Caspar Einem (SPÖ):

"Der EURO schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze."

*(Podiumsdiskussion zur Eröffnung des Symposiums
"Das politische Projekt Europa", 24. September 1997)*

**Prof. Emilio Gabaglio, Generalsekretär
des Europäischen Gewerkschaftsbundes:**

"Das Risiko ist groß, daß der Wettbewerb auf dem sozialen Feld ausgetragen wird. Und wer zahlt den Preis für ein solches Verhalten? Die Arbeitnehmer."

AK-Präsident Herbert Tumpel:

"... der EURO allein schafft noch keine Beschäftigung, im Gegenteil."

("Salzburger Nachrichten", 28. Mai 1997)

EU-Staatssekretär Wolfgang Rutenstorfer (SPÖ):

"Wirtschaftsblatt": Werden unmittelbar durch die EURO-Einführung Arbeitsplätze geschaffen werden können?

Rutenstorfer: "Nein."

("Wirtschaftsblatt", 28. Mai 1997)

Die Wahrscheinlichkeit, daß durch den EURO Arbeitsplätze verloren gehen ist weit größer, als daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der EURO ist kein Arbeitsprogramm, sagen die Realisten.

EURO und Exporte Die Aussagen in Österreich

Durch den EURO kommt es zu einem Exportschub für die österreichische Wirtschaft. Das schafft Arbeitsplätze und sichert den Wirtschaftsstandort Österreich. Sagt die Bundesregierung.

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

„Die beste Exportunterstützung für die Wirtschaft ist der EURO.“

(„Die Presse“, 14. Februar 1997)

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

„Die beste Unterstützung für unsere Exporteure und damit auch für Arbeitsplätze ist eine starke gemeinsame Währung.“

(Im Rahmen der FPÖ-Sondersitzung zum Thema „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“ im Nationalrat, 18. Februar 1997)

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttensstorfer (SPÖ):

„Eine gemeinsame europäische Währung bringt mehr Sicherheit und Stabilität gerade für den Export. Dadurch entstünden Vorteile für die Industrie, was sich wiederum auf die Beschäftigungspolitik positiv auswirken würde.“

(Ö1, „Im Journal zu Gast“, 1. März 1997)

EURO und Exporte Die Realität in Österreich

Ein weicher EURO führt zu einer Verteuerung der Importe wie Energie, Rohstoffe, Halbfertigprodukte aus dem Dollarraum. Österreich, vor allem die klein- und mittelständische Wirtschaft, lebt von Wirtschaftsbeziehungen innerhalb Österreichs und Europas.

Im Handel mit Ländern außerhalb der EU importiert Österreich weit mehr als es dorthin exportiert.

Die positiven Effekte für den Export aus der EU durch einen weichen EURO wiegen daher die negativen Folgen durch die Importverteuerungen vor allem im Rohstoffbereich nicht auf. Von den Exporterleichterungen werden in erster Linie internationale Konzerne profitieren. Die klein- und mittelständische Wirtschaft wird einer der großen Verlierer des EURO.

Für Unternehmen, die sich auf den Heimmarkt beschränken, fällt der größte EURO-Vorteil (der Fixkurs) weg. Werden auch die übrigen Vorteile (etwa bessere Bank- und Versicherungskonditionen) nicht genutzt, können die Umstellungskosten kaum hereingebracht werden. Nur 15 Prozent der österreichischen Unternehmen exportieren – und profitieren damit direkt von der Wechselkursstabilität.

(„Wirtschaftsblatt“, 28. Mai 1997)

EURO und Exporte Die Aussagen in Österreich



Euro sichert Jobs

"KURZ&KLAR", Informationsbroschüre der Industriellenvereinigung Wien, Juni 1997

Durch die Einführung des EURO kommt es automatisch zur:

- **Steigerung der Exporte**
- **Schaffung von Arbeitsplätzen**
- **Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich.**

Sagt die Bundesregierung.

EURO und Exporte Die Realität in Österreich

*Klaus Hierzenberger,
Chef des Kreditschutzverbandes von 1870:*

EURO bringt Pleitewelle.

Für 1997 erwartet der Kreditschutzverband von 1870 (KSV) einen deutlichen Rückgang der Insolvenzverbindlichkeiten. Die geplante Einführung des EURO könnte aber wieder eine neue Welle der Strukturbereinigung bei den Betrieben bringen, ist der KSV überzeugt. Auch hinsichtlich EURO bleiben vor allem Klein-, Kleinst- und Mittelbetriebe von der Insolvenzgefahr bedroht.

("Kurier", 16. August 1997)

Seit dem EU-Beitritt stieg das Defizit zwischen unseren Exporten und Importen von 88 auf 101 Milliarden Schilling. 13 Milliarden Schilling gehen allein auf die Verschlechterung des Außenhandelsdefizits mit den EU-Staaten zurück.

Da nur 15 Prozent der österreichischen Wirtschaft vom Export lebt, müßten bei einem weichen EURO 85 Prozent der österreichischen Wirtschaft Verteuerungen bei Importen in Kauf nehmen.

Die Folge des EURO:

- **Anstieg der Konkurse der Klein- und Mittelbetriebe**
- **Vernichtung von Arbeitsplätzen**
- **Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Österreich.**

Sagen die Realisten.

Die Einführung einer neuen Währung ist eine hochsensible Frage. Die Betroffenen müssen mögliche negative Folgen über Jahre hinweg tragen. Deshalb muß gesichert sein, daß Sparguthaben, Löhne und Pensionen durch die Einführung des EURO nicht an Wert verlieren. Das ist gesichert, sagt die Bundesregierung.

Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ):

„Ich verspreche Ihnen, die Sparguthaben bleiben sicher.“

(Telefonstunde mit KURIER-Lesern, 5. März 1994.)

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Die gewohnte Geldwertstabilität des Schilling findet im EURO seine Fortsetzung, dieser sichert den Wert der Sparguthaben, Pensionen und Einkommen.“

(Sozialistische Korrespondenz, 8. Mai 1997)



Harter Schilling – damit die Sparer nicht um die Zinsen des mühsam Ersparten bangen müssen.

Wahlbroschüre der ÖVP, 1995

Ein weicher EURO führt zu realen Verlusten bei Sparguthaben, Löhnen und Pensionen. Die Vorkehrungen, die diese Entwertung verhindern sollen, sind nicht ausreichend. Sparguthaben, Löhne und Pensionen sind nicht gesichert. Befürchten Experten.

Wilhelm Hankel, einer der engsten Berater des deutschen Finanzministers Karl Schiller, Ex-Chef der Hessischen Landesbank und seit 1971 an der Universität Frankfurt, Lehrstuhl für Währungs- und Entwicklungspolitik:

„Der EURO kommt als Weichwährung zur Welt. Für die Sparer hätte das verheerende Auswirkungen. Die Abwertung der Hartwährungen ist in vollem Gange und wird sich weiter fortsetzen. Der EURO ist Dynamit.“

Bert Rürup, deutscher Finanzwissenschaftler, Pensionsexperte der Bundesregierung:

„Der EURO läßt Reallöhne sinken. In den Hochlohnländern Deutschland und Österreich werden bei unveränderter Arbeitsmarktlage die Reallöhne stagnieren oder möglicherweise sogar sinken. Die Konsequenzen der EURO-Einführung dürften auch für die Pensionisten „betrüblich“ sein. Reale Negativrunden bei Pensionen sind nicht ausgeschlossen.“

(„Der Standard“, 6. September 1997)

Löhne, Pensionen & Sparguthaben Die Aussagen in Österreich

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Wenn wir weiter eine stabile Währung wollen, müssen wir also in den EURO - um Ersparnisse, Löhne und Gehälter zu sichern.“

(*„Wirtschaftsblatt“*, 28. Mai 1997)

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Mit dem EURO werde dagegen der Wert der Sparguthaben, der Pensionen und Einkommen gesichert.“

(*Sozialistische Korrespondenz*, 16. Mai 1997)

profil: ... In Dollar gemessen, werden dann die Sparguthaben der Österreicher weniger wert sein.

AK-Präsident Herbert Tumpel:

„Der österreichische Sparer spart ja nicht, um sein Guthaben dann in Dollar umzuwechseln.“

(*„profil“*, 28. April 1997)

Der EURO führt zu :

- **keiner Abwertung der Sparguthaben**
- **keinen Einkommensverlusten bei Löhnen und Pensionen**

Verspricht die Bundesregierung.

Löhne, Pensionen & Sparguthaben Die internationale Einschätzung

Gerhard Schröder (SPD),

Ministerpräsident von Niedersachsen:

„Natürlich wäre ein schwacher EURO für den Export hilfreich, aber wir müssen eben auch darüber nachdenken, was für Auswirkungen ein schwacher EURO auf Millionen von Kleinsparern hat. Das sind Leute, die ihr Vermögen nicht in anderen Währungen anlegen oder umschichten können.“

Edmund Stoiber (CSU),

Ministerpräsident von Bayern:

„Ich bin Repräsentant einer Partei auch der kleinen Leute. 60 Prozent unserer Bürger haben nichts vom Börsenindex DAX, haben nichts vom Dow Jones, haben keinen Grund und Boden. Die leben allein von ihrem Arbeitseinkommen, von ihrer Rente und haben vielleicht ein bißchen auf der hohen Kante. Für die kleinen Leute ist Inflation eine Katastrophe. Für die kleinen Leute ist die Stabilität die sozialste aller Sozialtaten. Ein Prozentpunkt Inflation kostet die Menschen 50 Milliarden Mark jährlich.“

(*„Focus“*, 8. September 1997)

Der weiche EURO führt zu:

- **Abwertung der Sparguthaben**
- **Einkommensverlusten bei Löhnen und Pensionen**

Prognostizieren Experten.

Die Kampagne Teil 1

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Ich sichere zu, daß die Informationsoffensive über den EURO sehr objektiv und sachlich gehalten wird. Es darf keine Propagandakampagne geben.“

(Austria Presse Agentur, 5. März 1997)

EU kauft sich widerspruchslose "EURO"-Werber:

Die EU-Kommission plant mit ihrer europaweiten Kampagne für die Einheitswährung EURO offensichtlich weniger objektive Information als vielmehr Propaganda.

Die für die Kampagne angeworbenen Wissenschaftler mußten sich schriftlich dazu verpflichten, daß sie ihre Vorträge ausdrücklich unter ihrem eigenen Namen halten, dabei aber keine Ansichten vertreten, die im Widerspruch zur Meinung der Kommission stehen.

Auf der Liste der österreichischen Wissenschaftler, die im Auftrag der EU-Kommission die Werbetrommel für den EURO rühren sollen, findet sich auch Gustav Raab, EURO-Informationsbeauftragter der Bundesregierung.

(*"Salzburger Nachrichten"*, 15. April 1997)

Gustav Raab tritt zurück, die Kampagne wird vorerst gestoppt, ÖGB und Arbeiterkammer steigen aus der EURO-Kampagne der Bundesregierung aus.

Die Kampagne Teil 2

Objektive Information ist nicht mehr gefragt. Einseitig soll der Bürger über alle Schienen, die zur Verfügung stehen, für den "EURO ohne wenn und aber" begeistert werden.

**Den Steuerzahler kostet diese
"Info-Kampagne" 100 Mio. Schilling!**

Alle relevanten Organisationen, auf die die Regierung Einfluß hat, werden für die "Information" eingespannt.

Aus den Unterlagen der mit der Durchführung der Kampagne betrauten Werbeagentur "publico":

Die Beeinflussung der Chefredakteure

Vierteljährliches "Brainstorming" mit Klima und Schüssel

Die regelmäßige Beeinflussung der Redakteure

Monatliches "EURO-jour-fixes" für Redakteure, die über den EURO berichten mit Staatssekretär Ruttenstorfer

Die Medienseminare

In ganztägigen Schulungen werden die Journalisten auf Regierungslinie gebracht. "Wer mehr weiß, schreibt besser".

60 Lokalzeitungen werden eingebunden

In den auflagenstarken Gratis-Wochenzeitungen soll die "EURO-Information" in der redaktionellen Berichterstattung "versteckt" werden.

So informiert Sie die Bundesregierung über den EURO

Die völlige Einbindung des ORF:

Derzeit ist die Regierung nur mit der Berichterstattung in der ZiB und durch die Wirtschaftsredaktion zufrieden. In den anderen Sendungen wird „noch viel zu wenig EURO-Information gemacht.“

Die "Informations-Schiene" ist daher umfassend:

Fernsehen:

- Willkommen Österreich
- Seniorenclub
- Help-TV
- Schiejok täglich

Im Radio:

- Autofahrer unterwegs
- "Club-Radios" der Landesstudios
- Alle Sendungen, bei denen der Hörer anrufen kann

Der EURO-Bus:

In allen Ländern und Gemeinden wird in Großveranstaltungen mit einem EURO-Bus für den EURO geworben. Kosten: 8 Mio. öS.

Weihnachten mit dem EURO:

Für Weihnachten 1998 plant die Bundesregierung einen "Weihnachtsgruß" an alle Österreicher. Mit einem 10 Cent-Stück und unter dem Motto "Wir sind wer in Europa". Kosten 10 Mio. öS.

Der EURO als Matura-Thema:

Das Unterrichtsministerium soll den EURO zum Maturaschwerpunkt machen.

Die Rolle des ÖGB, obwohl er im April aus der "EURO-Information" ausgestiegen ist:

Mit Argumentationskarten zu den Themen Löhne, Kaufkraft, Spareinlagen und wahrscheinlich auch Arbeitsplätze soll der ÖGB in den Betrieben Werbung machen.

So informiert Sie die Bundesregierung über den EURO

Auch die Lottoziehung wird einbezogen:

20 Sekunden EURO-Meldung in der Lottoziehung, die Gewinne werden in EURO angegeben.

Die zuge dachte Rolle der Sozialpartner:

- AK: "Konsumentenserie" in der "Kronen Zeitung"
- Industriellenvereinigung: Industrieserie im "Kurier"
- Sparkassenverband: Spartips in "Willkommen Österreich"

Die Kosten dieser "Sozialpartnerinformation" sollen die jeweiligen Institutionen tragen und kommen zu den 100 Millionen dazu.

Die Titel der neuen EURO-Informationsbroschüren lassen bereits erahnen, wohin die PR-Reise diesmal geht:

"Neues Geld, gleicher Wert" heißt eine; "Sicher wie der Schilling" eine andere, die besonders für Pensionisten gedacht ist.

In trauter Einigkeit stimmen Banker, Manager und Politiker ein Loblied auf die Währungsunion an.

Die Be-Währungsprobe, "Der Falter", 19. September 1997

Was kostet die Einführung des EURO?

Die Einführung einer neuen Währung verursacht Kosten in Milliardenhöhe. Alle Kassen, Automaten, Bankomaten, Verrechnungsprogramme, Buchhaltungsprogramme und die gesamten

Umstellungskosten in EUROPA

- Technische Kosten für die Umstellung:
135 Milliarden Schilling
- Umstellungskosten für den Einzelhandel:
365 Milliarden Schilling
- Umstellungskosten der Finanzdienstleistungsbranche:

290 Milliarden Schilling

(Zum Vergleich: Die 20 größten Banken Europas haben 1995 einen Gesamtgewinn von 196 Milliarden Schilling erzielt.)

*Beratungsunternehmen Cap Gemini Consulting
("Kurier", 8. Februar 1997)*

- Umstellungskosten der Bankenwirtschaft:
110 bis 137 Milliarden Schilling

Europäische Bankenvereinigung, Anhörung des Europaparlaments zum Thema "EURO und Verbraucher"

(Austria Presse Agentur, 15. April 1997)

- Umstellungskosten der Versicherungswirtschaft:
107 Milliarden Schilling

*Beratungsunternehmens Cap Gemini Consulting
(Austria Presse Agentur, 17. Juli 1997)*

- Zwischensumme aus technischen Kosten, Kosten für den Einzelhandel und Kosten der Finanzwirtschaft:

790 Milliarden Schilling

(Zum Vergleich: Das Budgetdefizit für 1998 ist in Österreich mit 67,3 Milliarden Schilling veranschlagt.)

Was kostet die Einführung des EURO?

Computerprogramme müssen umgestellt werden. Außerdem müssen die alten Münzen und Banknoten aus dem Verkehr gezogen und durch neue ersetzt werden.

Umstellungskosten in ÖSTERREICH

Walter Brandner, Direktor des Österreichischen Genossenschaftsverbands (ÖGV):

"Zwischen 500 und 600 Millionen Schilling wird die Einführung der EU-Währung EURO den österreichischen Volksbankensektor kosten."

(Austria Presse Agentur, 17. März 1997)

...die Banken, denen die neue Währung EU-weit Umstellungskosten und Ertragsausfälle in Höhe von Hunderten Milliarden Schilling beschert. Allein in Österreich werden die einmaligen Umstellungskosten auf rund 8 Mrd. Schilling beziffert.

("Salzburger Nachrichten", 16. Mai 1997)

Die Kosten für eine umfassende doppelte Preisauszeichnung werden von der europäischen Handelsvereinigung "Eurocommerce" allein für Österreich auf 1,2 Mrd. Schilling geschätzt.

(„Salzburger Nachrichten“, 16. Mai 1997)

Die Interunfall Versicherung rechnet, daß die Umstellung auf den EURO 35 bis 40 Millionen Schilling oder zirka 50 Schilling pro Kunde kosten wird.

(Austria Presse Agentur, 4. Juli 1997)

Was kostet die Einführung des EURO?

Der Handel rechnet mit Umstellungskosten zwischen 0,5 bis 2 % vom Umsatz. Der Lebensmittelhandel beziffert die Kosten mit rund 80 Mio. öS.

(„Der Standard“, 5. Juli 1997)

Beratungsunternehmen Cap Gemini Consulting:

„EURO-Umstellung wird Österreichs Versicherungswirtschaft 2,5 Mrd. Schilling kosten.“

(Austria Presse Agentur 17. Juli 1997)

Steuerberater Karl Bruckner,

BDO Auxilia-Treuhand:

„Die Kosten für die EURO-Einführung werden gesamtwirtschaftlich auf 15 Mrd. Schilling geschätzt. Das Projekt EURO wird alleine die VA Stahl 50 Mio. Schilling kosten.“

(„Wirtschaftsblatt“, 24. Juli 1997)

Eduard Bugelnig,

Ernst & Young Unternehmensberatung:

„Laut Studie unterschätzen die Versicherer sowohl Kosten als auch Dauer der Umstellung auf den EURO, der den Schilling im Jahr 2002 endgültig ablösen wird, um das Zwei- bis Dreifache. Bei einem mittleren Unternehmen mit 1.000 bis 3.000 Mitarbeitern müsse mit einem Umstellungsaufwand von 100 bis 150 Millionen Schilling gerechnet werden. Große Versicherungen müßten sogar Kosten in Höhe von 200 bis 250 Millionen Schilling kalkulieren.“

(Austria Presse Agentur, 27. Mai 1997)

Claudia Feigl-Sturmlechner,

Marketingleiterin Adeg:

Die Kosten der Umstellung bezeichnete Feigl-Sturmlechner als „enorm“. Allein an den Adeg-Verkaufsstellen werden sie sich auf rund 25 Millionen Schilling belaufen.

(Austria Presse Agentur, 22. September 1997)

Was kostet die Einführung des EURO?

EURO-Umstellung wird EA-Generali-Gruppe 200 Millionen Schilling kosten.

(Austria Presse Agentur, 22. August 1997)

Hadmar Repa, Syndikus der Sektion Handel in der Wirtschaftskammer Österreich:

„Die Umstellung vom Schilling auf den EURO wird den österreichischen Einzelhandel zwischen 5,6 bis 8,1 Mrd. S kosten. Die genannten Kosten entsprechen 1,2 bis 1,8 Prozent des Jahresumsatzes.“

(Erhebung des Europäischen Handelsverbandes „Eurocommerce“ Austria Presse Agentur, 7. Oktober 1997)

René Alfons Haiden, Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer Österreich:

„Österreichs EURO-Umstellungskosten werden bis zu 20 Mrd. S betragen.“

(Austria Presse Agentur, 16. Oktober 1997)

Kosten für das Budget:

Hans-Werner Sinn und Holger Feist, deutsche Wirtschaftswissenschaftler:

Rund 37,3 Milliarden Schilling, vor allem durch die Abtretung der Gewinne der OENB an die Europäische Zentralbank, wenn alle 11 Staaten an der Währungsunion teilnehmen.

(Aus der Studie „Eurowinners and Eurolosers“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5. Juni 1997)

Die Einführung des EURO verursacht in Österreich Kosten in Milliardenhöhe. Alle Bereiche vom Bundesbudget bis hin zum Kleinstbetrieb sind davon betroffen.

Wer bezahlt die Umstellungskosten ? Niemand, sagt die Bundesregierung!

Aussendung der Arbeiterkammer:

„Der Beitritt Österreichs zur EU hat gezeigt, daß die wirtschaftlichen Vorteile des Beitritts nicht im ausreichendem Maße an die Konsumenten weitergegeben wurden. Die Einführung des EURO darf keinesfalls wieder zu Lasten der Konsumenten gehen.“

(7. Jänner 1997)

EU- Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Durch den EURO wird nichts teurer.“

(„Kurier“, 29. März 1997)

EURO-Initiative der Bundesregierung:

Festgelegt ist weiters, daß bei der Umstellung von Urkunden und Verträgen von Schilling auf EURO, also z.B. bei der Umstellung von Sparbüchern, sowie beim Umtausch von Schilling in EURO den Konsumenten im Umstellungszeitraum keine direkten Kosten entstehen dürfen.

Die „EURO-Preiskommission“ wird dafür sorgen, daß bei der Umstellung von Schilling auf EURO ungerechtfertigte Preissprünge unterbleiben.

(Austria Presse Agentur, 16. September 1997)

EU- Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Die zweite Aufgabe ist die Überwachung, damit nicht Preiserhöhungen unter dem Deckmantel des EURO vorgenommen werden können.“

(„Kleine Zeitung“, 17. April 1997)

Wer bezahlt die Umstellungskosten ? Der Konsument, sagen Experten!

Die Konsumentenschützer schlagen Alarm: Die Umstellung auf den EURO dürfe zu keiner Verteuerung der Waren führen, was aber im täglichen Gebrauch fast unvermeidbar werden wird.

Konsumentenschützer warnen bereits jetzt vor dieser „stillen Verteuerung“ der Waren, nicht zuletzt, da der Einzelhandel im Durchschnitt Umstellungskosten für den EURO von satten 1,8 Prozent seines Umsatzes haben wird.

(„Die Presse“, 15. Jänner 1997)

Manfred Holztrattner,

Direktor des Raiffeisenverbandes Salzburg:

„Die Umstellungskosten bei Einführung des EURO werden für die Banken „enorm“ sein und zwangsläufig zu Lasten der Kunden gehen.

Neben den einmaligen Umstellungskosten kämen noch die dauernden Ertragsminderungen durch den Wegfall des Wechselgeschäftes hinzu. Auch hier seien jährliche Ertragsminderungen von mehreren Milliarden Schilling zu erwarten.

Aus eigenen Mitteln wäre all das für die Banken nicht zu bezahlen, die Umstellungskosten würden sich - beispielsweise bei den Gebühren - auf der Kundenseite niederschlagen.“

(Austria Presse Agentur 28. Mai 1997)

Ewald Walterskirchen (Wifo):

Frage: „Die Kosten der Umstellung auf den EURO werden doch wohl wieder auf die Konsumenten übergewälzt?“

Walterskirchen: „Da widerspreche ich nicht.“

(TT-Telefon, „Tiroler Tageszeitung“, 28. Juni 1997)

**Wer bezahlt die Umstellungskosten ?
Niemand, sagt die Bundesregierung!**

EURO-Handbuch für die Verwaltung:

"Eine Preissteigerungsgefahr wird vom Konsumentenschutz dahingehend gesehen, daß die Preissetzer, also die Verkäufer von Gütern und Dienstleistungen, tendenziell bei der Umstellung von der nationalen Währung auf den EURO bei Preisen aufrunden und damit ein Körbergeld verdienen können.

Daher: Schaffung einer Preisüberwachungsagentur!"

(Finanzministerium, März 1997)

**Wer bezahlt die Umstellungskosten ?
Der Konsument, sagen Experten!**

Univ.-Prof. Karl Socher, Universität Innsbruck:

"Die Umstellungskosten werden, volkswirtschaftlich gesehen, letztlich von den privaten Haushalten getragen werden müssen. Die Einführungskosten werden erst nach vielen Jahren, wenn überhaupt, durch die geringen Transaktionskosten-Ersparnisse amortisiert werden können."

(Finanz-Nachrichten, 13. Juni 1997)

Die Einführung des EURO verursacht keine Kosten für den Konsumenten.

Verspricht die Regierung.

Als Absicherung wird eine Preisüberwachungsagentur eingerichtet. Strafen gegen Verstöße sind keine vorgesehen.

Die Einführung des EURO verursacht Kosten, die von den Unternehmen nicht getragen werden können. Sie werden zwangsläufig auf den Konsumenten übergewälzt werden.

Sind sich die Fachleute sicher.

Die Maastricht-Kriterien

Die Kriterien betreffen die Preisstabilität, den Zustand der öffentlichen Finanzen, die Wechselkursstabilität und die langfristigen Zinsen.

Maßstäbe für die Erfüllung der Konvergenzkriterien sind:

Erreichen eines hohen Grades an dauerhafter Preisstabilität

- Das bedeutet, daß ein Mitgliedstaat eine anhaltende Preisstabilität aufweisen muß und die während des letzten Jahres vor der Konvergenzprüfung festgestellte durchschnittliche Inflationsrate eines Landes (gemessen am Verbraucherpreisindex) um nicht mehr als anderthalb Prozentpunkte über der Inflationsrate der höchstens drei Länder mit den besten Ergebnissen bei der Preisentwicklung liegen darf.

Eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, die aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit ersichtlich ist.

- Ob ein solches Defizit vorliegt, wird vom Rat auf der Grundlage einer Empfehlung der Europäischen Kommission nach Kriterien entschieden.

Einer oder beide der folgenden Tatbestände lassen auf das Vorliegen eines übermäßigen Defizits schließen:

Das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) überschreitet den Referenzwert von 3%, es sei denn, daß

- entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes erreicht hat
- oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwertes bleibt;

Die Maastricht-Kriterien

- das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstandes zum BIP den Referenzwert von 60% überschreitet, es sei denn, daß das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Der Nachweis der Wechselkursstabilität seit mindestens zwei Jahren vor der Prüfung

- Über diesen Zeitraum hinweg muß ein Mitgliedsstaat am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) teilgenommen und die normalen Bandbreiten ohne starke Spannungen und insbesondere ohne Abwertung seines bilateralen Leitkurses auf eigene Initiative gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedsstaates eingehalten haben.

Ein angemessenes Niveau der langfristigen Zinssätze als Ausdruck der Dauerhaftigkeit der erreichten Konvergenz eines Mitgliedstaates.

- Die Erfüllung dieses Kriteriums wird daran gemessen, ob der durchschnittliche Nominalzinssatz für langfristige Staatsschuldverschreibungen oder vergleichbare Wertpapiere im Verlauf eines Jahres vor der Prüfung den durchschnittlichen Nominalzinssatz der höchstens drei preisstabilsten Länder nicht um mehr als zwei Prozentpunkte übersteigt.

Die Maastricht-Kriterien

Preisstabilität:

Nicht mehr als 1,5% über dem Durchschnitt der drei niedrigsten Inflationsraten in der EU

Staatsneuerschuldung:

Nicht mehr als 3% vom Bruttoinlandsprodukt

Staatsgesamtverschuldung:

Nicht mehr als 60% vom Bruttoinlandsprodukt

Wechselkursstabilität:

Mindestes 2 Jahre im EWS, normale Bandbreiten, keine Abwertung

Langfristigen Zinsen:

Nicht mehr als 2 % über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Länder

Der EURO-Zeitplan

April/Mai 1998

- Entscheidung über den Kreis der Teilnehmerstaaten
- Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB)
- Unwiderrufliche Festsetzung der Umrechnungskurse

1. Jänner 1999

Beginn der 3. Stufe

- Verantwortung für die Geldpolitik geht auf die Europäische Zentralbank über
- Umstellung des Rechnungswesens der Zentralbanken

ab 1999

- Festlegung und Ausführung der Geldpolitik in EURO
- Fremdwährungstransaktionen der EZB in EURO
- Neuemissionen der öffentlichen Hand in EURO

1. Jänner 2002

- Spätester Beginn des Umlaufs von EURO-Münzen und -Banknoten
- Umstellung des öffentlichen Sektors auf EURO
- Allgemeine Umstellung aller Forderungen und Verbindlichkeiten auf EURO

30. Juni 2002

- Vollendung der WWU
- Nationale Banknoten und Münzen verlieren ihre Gültigkeit

Die strenge Auslegung der Kriterien - Die Folgen

Derzeit erfüllt nur Luxemburg alle Kriterien zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Die Konsequenz:

Bei punktgenauer Einhaltung der Maastricht-Kriterien ist die WWU gescheitert.

Die möglichen Auswege:

- Verschiebung der WWU
- Aufweichung der Kriterien

Eine Aufweichung der Kriterien und ein Erreichen der Kriterien durch "kreative Buchführung" und "Budgettricks" hätte zur Folge, daß

- *Deutschland*
- *Frankreich*
- *Italien*
- *Spanien*
- *Niederlande*
- *Österreich*
- *Belgien*
- *Portugal*
- *Irland*
- *Finnland und*
Luxemburg teilnehmen können.

Die Folgen dieser Lösung:

"Die Währungsunion ist eine gute Idee, für den EURO ist es aber noch zu früh. Derzeit erfüllen wenige Länder die Kriterien, die anderen haben begonnen, ihre Bücher zu fälschen. Die Märkte werden das jedoch durchschauen und erkennen, daß der EURO nicht auf einer fundierten Basis beruht und die Konsequenzen daraus ziehen."

Jim Rogers, Börsenexperte, der für den Aufschwung der Wiener Börse Mitte der 80er Jahre verantwortlich war.

Dieser EURO wird weich!

Die Budgettricks zur Erreichung der Kriterien

Belgien

- Verkauf von 700 Tonnen Währungsgold der belgischen Notenbank.
- Schreibt Goldgewinne der Notenbank aus den letzten 5 Jahren gut.

Summe insgesamt:

rund 84 Milliarden Schilling

- Dazu kommen noch Milliarden aus Privatisierungen.
- Vorschuß der staatlichen Sparkassenholding als Vorgriff auf die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft.
- Die staatliche Lotterie muß Gewinne für 7 Jahre im voraus überweisen.

Frankreich

- 78 Milliarden Schilling aus Pensionskassen der France Telecom.
- Versteckt Zinszahlungen für Staatsanleihen in den Bilanzen.
- Kassiert eine außerordentliche Gewinnabführung bei der staatlichen Kreditbank Caisse des Depots.

Summe insgesamt:

161 Milliarden Schilling

Deutschland

- Beabsichtigt, die Goldreserven der Bundesbank höher zu bewerten.

Die Budgettricks zur Erreichung der Kriterien

Italien

- Einmalige Europa-Steuer in der Höhe von 66 Milliarden Schilling (*Zuschlag von 1,5 - 3,5 % auf die Lohn- und Einkommensteuer*). Diese einmalige Europa-Steuer soll ab 1999 zurückgezahlt werden.
- Zusätzlich werden Steuereinnahmen vorgezogen (vorzeitiges Steuerinkasso)
- Die Schattenwirtschaft (= Pusch) wird auf das Bruttoinlandsprodukt angerechnet

Spanien

- Erhöhte Steuervorauszahlungen der Wirtschaft (vorzeitiges Steuerinkasso).
- 84 Mrd. aus Privatisierungen.
- Die Schulden der Staatsbetriebe wurden aus dem Budget gestrichen.
- Drastischer Sozialabbau.

Österreich

- Seit 1996 Belastungspakete:
Höhe 200 Milliarden Schilling.
- Ausgliederung ("Privatisierung") von Staats-Schulden (Bsp.: Asfinag).

Diese Budgettricks sind Einmalzahlungen oder müssen nach der Einführung des EURO zurückbezahlt werden. Damit wird der Stabilitätspakt gebrochen.

Zeitplan vor Stabilität? Die Bundesregierung

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

"Die Währungsunion ist nicht verschiebbar"

("Der Standard", 5. März 1997)

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

Eine Verschiebung des Termins für die Einführung des EURO lehnt Klima ab. "Das ist weder politisch noch wirtschaftlich sinnvoll."

("Der Standard", 18. April 1997)

**Klaus Liebscher, Präsident der
Oesterreichischen Nationalbank:**

"Auf einen Aufschub der WWU würden die Finanzmärkte mit Zinsaufschlägen, die Unternehmer mit Investitionszurückhaltung und die Bürger mit einem Vertrauensverlust in die europäische Einigung reagieren."

("Kleine Zeitung", 25. April 1997)

**Klaus Liebscher, Präsident der
Oesterreichischen Nationalbank:**

warnet eindringlich vor den Gefahren einer Verschiebung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). "Bei einer Verschiebung ist nicht auszuschließen, daß der ganze EU-Integrationsprozeß "zuminst zum Stillstand" kommt."

(Austria Presse Agentur, 23. Mai 1997)

Stabilität vor Zeitplan! Die Warner vor einem weichen EURO

Alexandre Lamfalussy, Präsident des Europäischen Währungsinstituts (EWI), des Vorläufers der Europäischen Zentralbank:

"Eine Verschiebung der Europäischen Währungsunion ist nicht ausgeschlossen."

(Austria Presse Agentur, 10. Juni 1997)

**Gerhard Schröder (SPD),
Ministerpräsident von Niedersachsen:**

"Was sollte daran so schlimm sein, wenn der EURO drei oder fünf Jahre später kommt? Der Erfolg des EURO ist wichtiger als der Zeitplan."

(Austria Presse Agentur, 10. Februar 1997)

**Horst Köhler, Präsident des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes:**

"Wenn es der Politik mit der Stabilität und der dauerhaften Erfüllung der Konvergenzkriterien ernst ist, dann ist der Starttermin für den Erfolg der Währungsunion nicht entscheidend."

("Tiroler Tageszeitung", 12. März 1997)

**Wolfgang Gröger, Präsident des Bundesverbandes
des Deutscher Volks- und Raiffeisenbanken:**

"Eine politische Aufweichung der Kriterien ist nicht akzeptabel. Sie würde das "Abenteuer EURO" in die Katastrophe führen. Die Verschiebung der Währungsunion ist gegenüber einer später auseinanderplatzenden Währungsunion das geringere Übel."

("Salzburger Nachrichten", 12. März 1997)

Zeitplan vor Stabilität? Die Bundesregierung

Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ):

Klima wandte sich auch gegen eine Verschiebung des Starttermins. "Wir brauchen aus ökonomischen und politischen Gründen die Währungsunion," sagte Klima.

("Die Presse", 13. Juni 1997)

**Klaus Liebscher, Präsident der
Oesterreichischen Nationalbank:**

"Ich bin ein absoluter Gegner der Verschiebungsdiskussion. Die Unternehmen, die sich auf den EURO vorbereiten, werden dadurch zusätzlich verunsichert. Wenn dadurch Investitionsentscheidungen verschoben werden, wird auch jede Entspannung am Arbeitsmarkt der EU behindert."

("Kurier", 4. September 1997)

Ex-Nationalbankpräsidentin Maria Schaumayer:

Die derzeit diskutierte Verschiebung der EU-Währungsunion ist fatal.

("Tiroler Tageszeitung", 12. September 1997)

EU-Agrarkommissar Franz Fischler (ÖVP):

"Ich warne vor einer Verschiebung der Währungsunion: Das würde international als neuerliches Zeichen der Schwäche Europas angesehen."

("Tiroler Tageszeitung", 12. September 1997)

Stabilität vor Zeitplan! Die Warner vor einem weichen EURO

**Edmund Stoiber (CSU),
Ministerpräsident von Bayern:**

"Die Stabilität der D-Mark ist für die Deutschen Symbol für die gewaltige Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn dieses Symbol nun leichtfertig zugunsten einer weicheren Währung aufs Spiel gesetzt würde, könnte das in Deutschland enormen politischen Schaden anrichten.

Die Währungsunion beginnt zum 1. Jänner 1999 als Stabilitätsgemeinschaft, oder sie muß verschoben werden. Und zwar so lange, bis die Voraussetzungen stimmen. Stabilität hat Vorrang vor Zeitplan: vor der Aufweichung steht die Verschiebung."

("Der Standard", 6. Juni 1997)

Helmut Zilk (SPÖ), Altbürgermeister von Wien:

"Die Theorie, daß eine Verschiebung die ganze WU zum Scheitern verurteilt, ist durch nichts belegbar. Ich halte diese Theorie für Unsinn. Seriöserweise muß man den Zeitpunkt der EURO-Einführung verschieben oder die Maastricht-Kriterien ändern."

("News", 21. August 1997)

**Gerhard Schröder (SPD),
Ministerpräsident von Niedersachsen:**

"Für mich ist die Einhaltung des Stabilitätsversprechens wichtiger als der vereinbarte Zeitplan. Wer die neue Währung legitimieren und die Menschen nicht noch weiter von der Politik entfernen will, muß dafür sorgen, daß der EURO wirklich so stabil wird wie die DM. Und wenn die dafür notwendige Konsolidierungspolitik kurzfristig ohne Schleifspuren nicht machbar ist, dann bin ich für die Verschiebung der Währungsunion."

("Kleine Zeitung", 20. August 1997)

Zeitplan vor Stabilität? Die Bundesregierung

Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ):

„Außerdem ist die rasche Verwirklichung der WWU deshalb notwendig, weil die gegenwärtige Phase der Europäischen Integration ökonomisch instabil ist. Ich warne eindringlich vor einer Verschiebung der WWU - diese würde zu tiefgreifenden Turbulenzen auf den Devisenmärkten führen. Eine beträchtliche Wachstumsverlangsamung, wenn nicht sogar eine Rezession, wären die Folge.“

(Budgetrede vor dem Nationalrat, 18. September 1997)

Außenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP):

Schüssel zu der in Deutschland wieder ausgebrochenen Diskussion um eine Verschiebung der EURO-Einführung: „Das Herumgerede ist entbehrlich und kann unendlichen Schaden anrichten; jeder, der die Zweifel am EURO nährt, spielt den internationalen Spekulanten in die Hände.“

(„Die Presse“, 9. September 1997)

Außenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP):

Späterer EURO wäre Vollbremsung bei Höchstgeschwindigkeit

„Der Schaden durch eine Verschiebung wäre für die gesamte europäische Integration enorm: Nicht nur wegen der zu erwartenden wirtschafts- und währungspolitischen Turbulenzen, sondern auch durch einen nicht so bald wieder gutzumachenden Vertrauensverlust bei unseren Bürgern, aber auch bei unseren Partnern überall in der Welt.“

(Vortrag vor dem Europäischen Forum in Alpbach, 26. August 1997)

Stabilität vor Zeitplan! Die Warner vor einem weichen EURO

**Kurt Biedenkopf (CDU),
Ministerpräsident von Sachsen:**

„Ich fordere eine Verschiebung um 5 Jahre. Während dieser Zeit sollen feste Wechselkurse für die Währungen innerhalb der EU gelten. Danach wird Bilanz gezogen. Schaffen wir es in dieser Zeit, die Stabilitätskriterien für den EURO einzuhalten und auf dem Weg zur politischen Union überzeugend voranzukommen, dann können wir den EURO endgültig einführen.“

Wenn nicht, werden die festen Wechselkurse der unterschiedlichen Währungen fortgesetzt, bis wir reif sind für den EURO. Nach wie vor bestehen unterschiedliche Wirtschaftspolitiken in den einzelnen Staaten der EU. Es ist zweifelhaft, ob eine europäische Währung diese Unterschiedlichkeit aushalten wird.“

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8. September 1997)

**Hans Tietmeyer, Präsident der
Deutschen Bundesbank:**

„Ich bin ein Befürworter des EURO und vor allem ein Befürworter eines starken EURO. Ich kann einfach dem Argument nicht zustimmen, daß bei einer Verschiebung des EURO der Himmel über Europa zusammenbrechen würde.“

(„Die Woche“, 4. September 1997)

Lamberto Dini, italienischer Außenminister:

„Ich bin für eine Verschiebung der WWU, damit sich mehr Länder qualifizieren können.“

(Rom, anlässlich der Feier „40 Jahre Römische Verträge“, der Gründung der EG, „Finanznachrichten“, 25. März 1997)

Zeitplan vor Stabilität!

Für die Bundesregierung ist die sture Einhaltung des Zeitplans wichtiger als der Stabilitätspakt.

Für Klima, Schüssel und Lieb-scher bedeutet eine Verschiebung des EURO zur Einhaltung des Stabilitätspaktes:

- ***das Ende des EURO***
- ***die Gefährdung der Währungs-stabilität***
- ***eine wirtschaftliche Katastrophe für Österreich und Europa***
- ***den Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen***
- ***den Vertrauensverlust der Bür-ger in die Politik und die EU***
- ***und im schlimmsten Fall das Ende der EU.***

Für die österreichische Bundesre-gierung kann der EURO nur am 1.1.1999 eingeführt werden.

Dafür nimmt sie auch die Aufwei-chung der Kriterien mit allen Nachteilen in Kauf.

Stabilität vor Zeitplan!

Für die Realisten ist die strikte Einhaltung des Stabilitätspaktes entscheidend, nicht der Zeitplan.

Für Biedenkopf, Stoiber oder Schröder bedeutet die Einhaltung der Kriterien und die Verschie-bung des EURO:

- ***die Sicherung des EURO***
- ***die Sicherung der Währungssta-bilität***
- ***die Sicherung von Spargutha-ben, Löhnen und Pensionen***
- ***die Sicherung des Vertrauens der Bürger in die Politik***
- ***die Sicherung des Vertrauens der Bürger in den EURO***
- ***die Sicherung der Wirtschafts- und Währungsunion.***

Für die Realisten kann der EURO nur eingeführt werden, wenn die Maastricht-Kriterien erfüllt sind. Nur dann kann das Risiko auf ein Mindestmaß reduziert werden. Dafür nehmen die Realisten eine Verschiebung um bis zu 5 Jahre in Kauf.

Kein EURO am 1.1.1999 - Das Ende der D-Mark-Bindung!

Wenn Österreich nicht am EURO teilnimmt, bedeutet dies das Ende der Bindung des Schillings an die D-Mark. Damit ist der Schilling der internationalen Spekulation ausgeliefert. Warnt die Bundesregierung.

EU-Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ):

„Der Schilling läuft Gefahr, Opfer von Währungsspekulationen zu werden, eine enge Bindung an den EURO wie an die D-Mark fällt schwer, so sind die vorhersehbaren Auswirkungen einer Nicht-Teilnahme an der gemeinsamen europäischen Währung.“

(Sozialistische Korrespondenz, 16. Mai 1997)

Ewald Nowotny, SPÖ-Finanzsprecher:

„Österreich betreibt seit Jahren erfolgreich eine Politik der festen Bindung zwischen der heimischen Währung und der D-Mark. Nimmt Deutschland an der Währungsunion teil, würde eine Nicht-Teilnahme Österreichs de facto ein Ende der Hartwährungspolitik bedeuten und Österreich massivem Spekulationsdruck aussetzen.“

(Sozialistische Korrespondenz, 18. August 1997)

Außenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP):

„...würde das kleine Österreich, das seit 25 Jahren an die D-Mark gebunden ist, nicht mittun, würde es sich schutzlos den internationalen Spekulationen ausliefern.“

(„Die Presse“, 9. September 1997)

Nichtteilnahme am EURO bedeutet:

- **Ende der D-Mark-Bindung**
- **internationale Spekulation gegen den Schilling**
- **Ende des harten Schillings.**

Behauptet die Bundesregierung.

D-Mark-Bindung unabhängig von der Teilnahme am EURO!

Wenn Österreich nicht am EURO teilnimmt, besteht die Möglichkeit der Bindung des Schillings an den EURO, so wie die Bindung an die D-Mark. Durch das Europäische Währungssystem ist der Schilling wie bisher ausreichende gegen die internationale Währungsspekulation geschützt. Erklärt ein unabhängiger österreichischer Währungsexperte.

Univ.-Prof. Karl Socher, Universität Innsbruck:

„Was wäre die Alternative zur überhasteten Maastricht-Währungsunion? Es wäre erstens die Verschiebung des Termins und die Weiterführung des Europäischen Währungssystems. Damit wäre der „österreichische Weg“ - die Schaffung einer Wechselkurs-Union (mit der DM) ohne vorherige verpflichtende Konstruktion - möglich.“

Der österreichische Weg wäre für Österreich auch weiter gangbar, wenn sich eine kleine WU zwischen Deutschland und Frankreich bildet.

Österreich könnte den Schilling so wie bisher zur DM zum Euro stabil halten - so lange der Euro stabil ist.“

(„Finanznachrichten“, 13. Juni 1996)

Nichtteilnahme am EURO bedeutet:

- **Fortführung der D-Mark-Bindung als EURO-Bindung**
- **keine Spekulation gegen den Schilling**
- **Fortsetzung der Hartwährungspolitik**

Erklärt ein renommierter Fachmann!

Die Warner vor der übereilten Einführung des EURO

**Valerie Giscard d'Estaing,
französischer Ex-Präsident:**

„Verschiebung des EURO, ansonsten droht eine gesellschaftspolitische Katastrophe: Soziale Unruhen.“

(*"Neue Kronen-Zeitung"*, 18. Februar 1997)

**Milton Friedman, 1976 Nobelpreisträger für
Wirtschaftswissenschaften:**

„Europas gemeinsamer Markt zeigt eine Struktur, die eine Einheitswährung nicht begünstigt. Die Einführung des EURO ist politisch, nicht wirtschaftlich motiviert. Das Ziel ist die Annäherung Deutschlands und Frankreichs, um einen Krieg in Europa auszuschließen und die Grundlage für eine föderale Vereinigung europäischer Staaten zu legen.“

„Ich bin der Meinung, daß die Einheitswährung gerade das Gegenteil bewirkt. Sie würde politische Spannungen verschärfen, indem sie divergierende Schocks, die andernfalls rasch durch Wechselkursverschiebungen aufgefangen werden, zu entzweierenden politischen Fragen aufbauscht.“

(*"Der Standard"*, 30. August 1997)

**Edmund Stoiber (CSU),
Ministerpräsident von Bayern:**

„Wenn die Menschen im Jahr 2005 merken, daß sie ihre Währung voreilig aufgegeben haben, können wir wirklich von einem Sprengsatz für Europa sprechen. Eine Aufweichung der Konvergenzkriterien wird katastrophale Folgen haben.“

(*"Süddeutsche Zeitung"*, 5. Juni 1997)

Die Warner vor der übereilten Einführung des EURO

**Miguel Boyer,
Spaniens Ex-Wirtschaftsminister, Leiter der
Santer-Gruppe, die den EURO "erfunden" hat:**

„Mich besorgt, daß wir uns überstürzt und schlecht gerüstet auf ein unwiderrufliches Experiment einlassen. Ich bin gegen ein überstürztes Experiment, das aus politischen Gründen vorangetrieben wird.“

(*"ZEIT-Punkte"*, 4/96)

**Malcolm Rifkind,
ehemaliger britischer Außenminister:**

„Die Einführung einer gemeinsamen Währung würde Europa auf Jahre spalten.“

(*APA-JOURNAL EUropa*, 20. März 1997)

**Wilhelm Hankel,
Ex-Chef der Hessischen Landesbank, Universität
Frankfurt, Währungs- und Entwicklungspolitik:**

„...würde eine Währungsunion des jetzt konzipierten Typs Europa nicht einen, sondern dreiteilen. Das wird sowohl den Kapitalmarkt wie auch den Arbeitsmarkt schwerstens treffen:

- am Kapitalmarkt werden Milliardenverluste entstehen,
- am Arbeitsmarkt Millionen Jobs vernichtet.

Wer also Europa ruinieren will, muß nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese Währungsunion machen. Das ist politisches Dynamit.

Der Vertrag von Maastricht hat ein Riesenloch: Die sogenannten Konvergenzkriterien gelten ja nur vor der Währungshe, nicht in der Ehe, wo sie eigentlich gebraucht werden. Schon ein einziges Land mit exzessiven Defiziten könnte so die Währung an den Devisenbörsen wieder zum Kippen bringen.“

(*"profil"*, 2. Oktober 1995)

Die Warner vor der übereilten Einführung des EURO

Für maßgebliche Fachleute und Politiker auf europäischer Ebene steht fest:

- **Die Einführung des EURO kommt zu früh.**
- **Der EURO zum 1. 1. 1999 wird ein weicher EURO.**
- **Ein weicher EURO wird zu sozialen Spannungen führen.**
- **Die Währungsunion kann nur funktionieren, wenn sie stabil ist, daher:**
- **Der Stabilitätspakt muß in einer Übergangsphase "ausprobiert" werden.**
- **Währungsbindungen innerhalb der EU - so wie zwischen dem Schilling und der D-Mark - sind derzeit die bessere Lösung.**
- **Erst wenn die Währungsbindung innerhalb der EU lange genug stabil war, wird das Risiko der Einführung des EURO minimiert.**

Die Mafia wird profitieren und setzt voll auf den EURO

Auch die Wirtschaftsmacht Mafia setzt auf den Euro. Was für den Export von Autos und Maschinen gilt, ist auch für das Geschäft mit Prostitution und Rauschgift von Vorteil:

Der Euro schafft die Risiken der Wechselkurschwankungen ab, die Mobilität des Kapitals nimmt zu - und die Fahndung nach "schmutzigem Geld" wird immer schwieriger.

Nach Ansicht eines Experten der italienischen Anti-Mafia-Einheit (DNA) habe die Russenmafia schon 1993 bei einem historischen Gipfel in Miami in Florida ihre globale Strategie abgesteckt.

Der Umsatz aller Mafiaorganisationen in Europa wird auf 350 Mrd. US-Dollar (4300 Mrd. S) pro Jahr geschätzt.

Das entspricht gut vier Prozent des europäischen Sozialprodukts oder dem Gesamtumsatz der fünf größten europäischen Unternehmen (Shell, Daimler, BP, VW, Siemens).

("Salzburger Nachrichten", 15. Juli 1997)

Mafia setzt auf den EURO:

Allein 200 Mrd. Dollar des Umsatzes entfallen auf die Russenmafia. "Eine ökonomische Hegemonie", urteilen Experten. Schwerpunkte seien dabei Deutschland und Italien, Hauptstützpunkte Berlin, Wien und Rom.

("Die Presse", 15. Juli 1997)

Gutes Timing

Betrifft: „Die Sprengkraft des Euro“ von Milton Friedman

STANDARD Nr. 2651, 30. 8. 97
Ein Hoch dem STANDARD für den Abdruck der vernichtenden Kritik des berühmtesten zeitgenössischen Nationalökonomens am Euro, ausgerechnet am gleichen Tag, an dem die Bundesregierung ihre „Informations“-Kampagne über den Euro anlaufen ließ.

Nur der Vorspann enthält einen Fehler: Milton Friedman steht mit seinen Ausführungen keineswegs im Gegensatz zur Mehrheit der führenden europäischen Wirtschaftswissenschaftler. Erst 60 (1993), dann 321 (1997) Nationalökonominnen haben sich deutlich gegen die Einführung des Euro ohne vorherige politische Union ausgesprochen, die es im nationalstaatlich organisierten Europa schon aus geschichtlichen Gründen niemals geben kann. „L'Europe c'est la diversité“, meinte einst der große Liberale Salvador de Madariaga: kein Melting pot à la USA. Es gibt wohl keinen Nationalökonom von Rang, der den Euro befürwortet.

Univ.Doz. Dr. Friedrich Romig, 3422 Hadersfeld
● Herr Dr. Romig war während der EU-Beitrittskampagne Europabeauftragter der Diözese St. Pölten. (red)

Euro-Volksbefragung

Wer bürgt für die Kaufkraft des Euro in Österreich im gleichen Verhältnis zum Schilling? Will man mit dem Wechselkurs von S zu Euro einen „verdeckten Zugriff“ an die Sparkonten in Österreich handhaben, um die Kreiskysche Theorie bezahlen zu können? Das sind bereits 92 Mrd. S jährlich Zinsen ohne Kapitaltilgung. Wie variabel trickst man Währungen stabil? Wer hat bei der EU-Abstimmung was und wie gefragt? Wie führt man Wähler bewußt hinters Licht und lockt sie in eine Staatengemeinschaft, welche uns bis dato nicht die versprochenen Entlastungen beschert hat?

C. Piuk-Prettner, Eberndorf

Hinters Licht geführt?

Jetzt stellt sich heraus – zumindest entnehme ich dies aus Zeitungs- und Rundfunkmeldungen – daß unsere Regierung mit dem Beitritt Österreichs zur EU auch ein mehr oder weniger endgültiges Ja zum EURO vereinbart haben soll. Ist da die Öffentlichkeit nicht hinters Licht geführt worden? Ich hatte jedenfalls bis jetzt nicht das Gefühl, daß wir schon den Schilling aufgegeben haben. Sonst wäre ja die ganze Diskussion überflüssig. Lediglich die Engländer und Dänen hätten sich seinerzeit noch nicht durch Unterschrift entschieden. Da wäre Aufklärung notwendig.

Mag. Erwin Fiedler,
Wiener Neustadt

Immer wieder: Euro!

Es ist ziemlich klar, daß Österreich nicht isoliert bleiben kann, wenn sich Europa immer intensiver zusammenschließt. Die reiche Schweiz kann sich so etwas viel eher leisten; sie macht halt Filialbetriebe in den EU-Ländern auf.

Wir sind mit Deutschland tiefst verbunden und sollten dankbar sein, daß dieser Nachbar eigentlich recht freundlich zu uns ist. Wenn der Euro in Deutschland kommt, müssen wir - wohl oder übel - mitgehen. Mit der D-Mark waren wir viele Jahrzehnte verbunden, und es hat uns gut getan. So wird es auch bleiben, wenn ich auch starke, grundsätzliche Bedenken gegen das Aufgeben unseres Schillings und des großen Bruders D-Mark habe.

Kein vernunftbegabter Mitbürger hat mir bisher erklären können, warum unsere Regierungen so überhastet zum Euro streben - und das noch bevor die EU-Staaten zu einer wie immer gearteten demokratischen Verfassung gekommen sind. Bevor es aber zu einer Übertragung von Hoheitsrechten an eine zentrale europäische Regierung kommen kann, muß das Volk gefragt werden!

Die Regierungen hüben und drüben scheinen jedoch Angst vor dem Volk zu haben. Das gilt aber auch für das Volk gegenüber seinen Politikern...

Prof. Dr. Hermann Diehl,
Salzburg

Euro und Volksabstimmung

Wenn auch mein Studium an der Hochschule für Welthandel schon 50 Jahre zurückliegt, kann ich mich doch an die Rechtslehre rückerinnern, daß Verträge, die durch grobe Täuschung eines Partners zustande kommen, keine Rechtswirksamkeit erlangen. Vor der zitierten Volksabstimmung wurde das Volk nicht nur grob getäuscht, sondern auch mit falschen Hoffnungen gelegt. Harter Schilling, 70.000 neue Arbeitsplätze, Wirtschaftsaufschwung, 1000 S netto pro Monat mehr. Statt des harten Schillings kommt ein weicher Euro, der nie hart sein kann. Es ist so, als ob man heißes und kaltes Wasser mischt. Das heiße wird kühler, das kalte lauer. Die gepriesene EU wurde für das Großkapital und nicht für die Völker geschaffen. Daß die Preise stagnieren und die Gewinne explodieren, wird mit über 20 Mio. Arbeitslosen bezahlt. Wohin das wohl führen kann? Der Euro hat sicher auch Vorteile - aber die Bauernschaft wird er nicht ernsthaft retten, die wird bereits durch die EU dezimiert.

Dkfm. Erich, Vogel, Döbriach